27.03.2014

Kommission zur
Reform der Nordrhein-Westfälischen Verfassung
(Verfassungskommission)

Prof. Dr. Rainer Bovermann MdL

Einladung

3. Sitzung (öffentlich / Übertragung als Livestream)
der Verfassungskommission
am Montag, dem 7. April 2014,
nachmittags, 14.00 Uhr, Raum E 3 D 01

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Abs.1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich die Kommission ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Themenkomplex I - „Parlamentarismus“ und „Landesregierung“

- praktikable Regelung für die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode und die Stellung des Ständigen Ausschusses, Art. 35 ff. LV NRW
- Stärkung der Abgeordnetenrechte, insbesondere der Parlamentsinformationsrechte unter Verankerung von Unterrichtsrechten des Parlaments und von Akteneinsichts- und Zugangsrechten in der Landesverfassung, Art. 45 ff. LV NRW, sowie die Stellung der Landesregierung im Parlament und das Quorum zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses (PUA)
- Einführung einer Regelung zur Funktion der parlamentarischen Opposition, Art. 45 ff. LV NRW
- Stärkung der Beteiligungsrechte des Parlaments in Angelegenheiten der Europäischen Union, Art. 45 ff. LV NRW
- Überprüfung der Bestimmungen zur Wahl des Ministerpräsidenten, Art. 52 LV NRW, sowie Überprüfung der Eidesformel, Art. 53 LV NRW <„...dem Wohle des deutschen Volkes...“>, und der Ministeranklage, Art. 63 LV NRW

Stellungnahmen werden erwartet

- öffentliche Anhörung von Sachverständigen -

gez. Prof. Dr. Rainer Bovermann
- Vorsitzender -

F. d. R.

Birgit Hielscher
Kommissionsassistentin

**Öffentliche Anhörung der Kommission zur
Reform der Nordrhein-Westfälischen Verfassung
(Verfassungskommission)**

**Themenkomplex I
„Parlamentarismus“ und „Landesregierung“**

Tableau

26.03.2014

Sachverständiger	Stellungnahme
Prof. Dr. Klaus F. Gärditz, Universität Bonn	16/1549
Prof. Dr. Stefan Marschall, Heinrich Heine Univ. Düsseldorf	<i>angekündigt</i>
PD Dr. Jörg Menzel, Institut für Öffentliches Recht, Bonn	<i>angekündigt</i>
Prof. Dr. Fabian Wittreck, Universität Münster	<i>angekündigt</i>
Prof. Dr. Wolfgang Zeh, Direktor beim Dt. Bundestag a. D.	16/1543

Fragestellung

Gegenstand der Anhörung sind die im Arbeitsprogramm der Kommission unter Ziffer I identifizierten Fragenkomplexe, namentlich also die Fragen, ob es

- verfassungsrechtlich und zum Zwecke der Stärkung des Parlamentarismus geboten erscheint, einen umfassenden Katalog von Parlaments-, Abgeordneten- und Oppositionsrechten in die Landesverfassung aufzunehmen; dabei stellt sich insbesondere die Frage, ob es jeweils einer Regelung auf der Ebene der Verfassung bedarf.
- Sofern eine Regelung auf verfassungsrechtlicher Ebene sinnvoll und sachgerecht erscheint wird um Prüfung gebeten, wie eine Ausgestaltung derartiger Vorschriften auf Ebene der Landesverfassung aussehen könnte.

weitere Fragen:

- Halten Sie eine Verankerung von Inhalten der Parlamentsinformationsvereinbarung in der Landesverfassung für geboten?
- Wie kann verfassungsrechtlich verankert werden, dass Unterlagen / Informationen, die der Landesregierung vorliegen, z.B. private Gutachten, auch den Abgeordneten unverzüglich auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden?
- Sollten Vorschriften zu den Beteiligungsrechten des Parlaments in Angelegenheiten der Europäischen Union im Sinne des Europas der Regionen in die Landesverfassung analog zu Formulierungen in anderen deutschen Landesverfassungen, insbesondere des Landes Baden-Württemberg aufgenommen werden, um eine verfassungsrechtliche Sicherstellung zu erreichen?
- Halten Sie eine Verankerung der derzeit in der Geschäftsordnung des Landtags geregelten Rechte der Abgeordneten und Fraktionen in der Verfassung für geboten? Welchen Vorteil hätte es, die Rechtsstellung der Fraktionen im Landtag verfassungsrechtlich abzusichern?
- Was spricht Ihrer Ansicht verfassungsrechtlich dagegen, dass zwei Fraktionen, unabhängig von der bisherigen 20%-Regelung, das Recht der Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erhalten?